Auf Grund gesunkener Einwohnerzahlen wird die Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder ab 01.01.2014 gemäß der Änderung der Hauptsatzung gesenkt. Diese Senkung stützt sich auf die Bestimmungen in § 1 Nr. 2 a der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung - EntschVO).

So würde sich die Aufwandsentschädigung gem. § 9 Abs. 3 Nr. 1 der Feuerwehrsatzung von bisher 259,10 € auf 189,20 € reduzieren (Differenz: 69,90 € mtl.).

Die Festsetzung nach § 9 Abs. 3 Nr. 2 würde von bisher 129,55 € auf neu 94,60 € monatlich betragen (Differenz: 34,95 € mtl.).

Da die Belastungen der einzelnen Feuerwehrfrauen und –männer ständig zunehmen und sich auch die finanziellen Aufwendungen ständig erhöhen, erscheint es gerechtfertigt, die bisherigen Zahlungen an die genannten ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute gemäß § 9 der Feuerwehrsatzung beizubehalten und so einen Besitzstand zu wahren.